

# Magazin

erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

[www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

Ausgabe 11, 2010

## Citizenship Education

Auf der Suche nach dem Politischen in der  
„Postdemokratie“

## Postdemokratie

Tatsächlich?

Gary S. Schaal



# Postdemokratie

## Tatsächlich?

**Gary S. Schaal**

Schaal, Gary S. (2010): Postdemokratie. Tatsächlich?

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 11, 2010. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: Postdemokratie, Postdemokratisierung, politische Partizipation, Colin Crouch, Demokratie

### **Kurzzusammenfassung**

Die Debatte, die sich um das von Colin Crouch prominent in die Diskussion gebrachte Konzept der Postdemokratie rankt, ist ebenso intensiv wie kontrovers. In der Subsumierung verschiedener Phänomene unter dem Begriff der Postdemokratie ergeben sich relevante Diskussionsimpulse, aber auch Inkohärenzen. Der Beitrag nimmt sich der Ambivalenz dieser Debatte an, indem zentrale Fragen und Probleme des Konzepts aufgegriffen und kritisch beleuchtet werden. Ausgehend von Crouchs Diagnose einer Degeneration von Demokratien, steht die Frage im Mittelpunkt, wie demokratisch moderne Demokratien noch sind und überhaupt sein können. Aus der Perspektive der empirischen Demokratieforschung wird ein Abgleich von demokratischen Idealen, die sich in spezifischen Kriterien ausdrücken, und der Realität moderner Gesellschaften vorgenommen. Es wird argumentiert, dass sich westliche Demokratien tatsächlich im Prozess der Postdemokratisierung befinden, dass hierfür jedoch auch funktionale Ursachen mitverantwortlich sind, die aus der Komplexität moderner Gesellschaften resultieren.

02

# Postdemokratie

## Tatsächlich?

Gary S. Schaal

**Die Postdemokratiediagnose unterstellt Politik- und PolitikerInnenverdrossenheit. Sind alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen von der Politik enttäuscht? Bereits ein flüchtiger Blick auf die einschlägige Empirie bringt anderes ans Licht: Entgegen den gängigen Vorurteilen hat das Interesse an politischen Fragen in den letzten drei Jahrzehnten in vielen westlichen Demokratien deutlich zugenommen – zumindest bis Anfang der 2000er Jahre.**

Colin Crouch hat in seinem sehr einflussreichen Essay „Post-democracy“ (2004) die These aufgestellt, dass viele westliche Demokratien derzeit einen radikalen Prozess des Wandels ihrer demokratischen Institutionen und ihrer demokratischen Praxis durchleben. Mit diesem Essay stieß Crouch eine Debatte an, die unter dem Label „Postdemokratie“ verschiedene Prozesse bündelt, die bereits zuvor verstreut und zumeist voneinander isoliert diskutiert wurden. *„Der Begriff Postdemokratie kann uns dabei helfen, Situationen zu beschreiben, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eigenen Ziele einzuspannen; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ dazu überreden muss, überhaupt zur Wahl zu gehen“* (Crouch 2008, S. 30).

Der Essay entwickelte sich zum Gravitationszentrum einer Reihe thematisch verwandter Diskurse,

so beispielsweise jenes über das Verschwinden des Politischen (siehe Rancière 2002; Mouffe 2007; Fach 2008) oder über die zunehmende Ökonomisierung des Politischen (siehe Heidenreich 2008). Im Folgenden werden zentrale Probleme, die in der Postdemokratie-Debatte auftauchen, vorgestellt und kritisch diskutiert.<sup>1</sup> Zuvor jedoch sollen die Kerndiagnosen von Crouch präsentiert werden.

### Colin Crouchs Diagnose

Die Kernthese der Postdemokratiediagnose von Crouch lautet, dass die westlichen Demokratien den Höhepunkt ihrer demokratischen Entwicklung überschritten haben und dass objektiv ein Rückbau, ja eine Degeneration von demokratischen Standards und Verfahren zu diagnostizieren ist. Der Übergang von demokratischen zu postdemokratischen Gesellschaften vollzieht sich im Zuge eines mittelfristigen, noch unabgeschlossenen Wandlungsprozesses: Wir leben noch nicht in postdemokratischen Gesellschaften, gleichwohl weisen die westlichen politischen Systeme zunehmend stärkere postdemokratische Züge auf (vgl. Crouch 2008, S. 6).

---

<sup>1</sup> Mit anderem Akzent siehe Ritzi/Schaal 2010a, 2010b.

Im Fokus stehen drei Diagnosen: erstens die nur gering ausgeprägte Fähigkeit schwächerer sozio-ökonomischer Gruppen, ihre Interessen in den politischen Diskurs einzuspeisen; zweitens die zunehmende Orientierung der Parteien an den Interessen der globalen Wirtschaftselite und drittens die Transformation der Parteien zu professionalisierten „Apparaten des Stimmenfangs“. Gemeint ist damit, dass die demokratisch gewählten Institutionen und Verfahren an Bedeutung im politischen Entscheidungsprozess verlieren. Der Einfluss, den vormals die Bürgerinnen und Bürger vermittelt über Wahlen ausgeübt haben, wird durch die Interessenpolitik eines Konglomerats politischer und ökonomischer Eliten substituiert. Vor diesem Hintergrund lockert sich die Verbindung zwischen Wahlversprechen und faktischem Regierungshandeln. Der mangelnde Konnex bleibt den Bürgerinnen und Bürgern nicht verborgen und setzt die Regierungsparteien unter Druck. Daher wählen in den westlichen Demokratien die Volksparteien zunehmend die Strategie, inhaltliche Unbestimmtheit durch die Personalisierung von Wahlkämpfen gleichsam im Vorfeld zu kompensieren. Diese Strategie kulminiert in einer Stärkung der demokratischen Führung, des „democratic leadership“: *„Zusammen mit der unvermeidlichen Entropie der Demokratie führt dies zu einer Form der Politik, die wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten wird – so wie es in vordemokratischen Zeiten der Fall war“* (ebd., S. 133). In Summe werden die Bürgerinnen und Bürger durch diese Prozesse entmachtet und politisch passiv, ja apathisch; die Demokratie bleibt zwar formal bestehen, sie wird jedoch zu einer Fassade, auf eine leere Hülle reduziert.<sup>2</sup>

Die Breite der Postdemokratiediskussion zeugt von ihrer theoretischen und empirischen Relevanz wie auch von der Umstrittenheit des Konzeptes selbst. Ingolfur Blühdorn bemängelt, dass Crouchs Konzept *„ideologisch sympathisch, aber soziologisch unzureichend“* (Blühdorn 2006, S. 74) sei. In der Postdemokratie-Debatte ist vielfach unklar, welche empirischen Phänomene Postdemokratie kennzeichnen und ob die theoretischen Konstrukte von den jeweiligen Autorinnen und Autoren empirisch sinnvoll operationalisiert wurden – mithin, wie valide die

empirische Basis der Diagnose ist. Eike Hennig fasst dies knapp zusammen: *„Postdemokratische Beiträge versagen bei der Analyse“* (Hennig 2010, S. 34).

## Postdemokratisierung als Entdemokratisierung

Ich möchte im Folgenden wenige Kernelemente der Postdemokratisierung näher betrachten. Es erleichtert das Verständnis, wird hierzu das Konzept der Postdemokratie in einen größeren Kontext eingebettet. Dieser Kontext ist einerseits die französisch geprägte Debatte über die Ökonomisierung oder gar das Verschwinden des Politischen (Michel Foucault, Pierre Bourdieu), andererseits – und wichtiger – die empirische Demokratieforschung.

Die Frage, ob Demokratien inzwischen schon Postdemokratien sind, kann in die gängigere überführt werden, wie demokratisch Demokratien sind. Die empirische Demokratieforschung bezeichnet das Maß, in dem reale Demokratien die abstrakten Ideen der Demokratie, d.h. ihre Ideale, als „demokratische Performanz“ realisieren (siehe Fuchs 1998; Dahl 1989). Postdemokratie steht somit für einen Zustand, in dem spezifische Ideale der Demokratie schlechter realisiert werden als zuvor.

Ich schlage vor, dass wir als Benchmark für die Demokratiequalität drei Kriterien nutzen: „Zurechenbarkeit“ (accountability), „Transparenz“ und „demokratische Legitimation“. Damit diese Kriterien Anwendung finden können, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Demokratische Politik setzt zum einen Steuerungsfähigkeit voraus, d.h., die Politik muss – zumindest partiell – in der Lage sein, gestaltend tätig zu werden, zum anderen formal-juristisch garantierte Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf der Inputseite des politischen Prozesses. Beide Bedingungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang – Steuerungsfähigkeit ist die Voraussetzung einer demokratischen Politik, die sich nicht in ergebnisloser politischer Beteiligung erschöpfen will. Nationalstaatliche Demokratien erfüllen diese Kriterien sukzessive schlechter, weil sie handlungsbeschränkter und damit gestaltungsunfähiger werden. Zentraler

<sup>2</sup> Auf die naheliegende Frage, warum die Bürgerinnen und Bürger den Prozess der Postdemokratisierung – zumindest partiell – durchschauen, die Postdemokratie durch den Akt der Wahl jedoch paradoxerweise legitimieren, geht Crouch leider nicht ein.

Grund ist die zunehmende Komplexität zeitgenössischer Gesellschaften (siehe Greven 2009). Damit Demokratie als „Konkurrenzzückkopplungsdemokratie“ (siehe Sartori 1992) funktionieren kann, müssen die Wählerinnen und Wähler wissen, welche politische Ebene, welche Partei, ja welche konkrete Person für welches politische Handeln, für welche Entscheidung verantwortlich („accountable“) ist. Nur in diesem Fall können die Wählerinnen und Wähler die Politik kontrollieren und können Wahlen einen substanziellen Inhalt – Zustimmung oder Ablehnung gegenüber dem Regierungshandeln bzw. den oppositionellen Wahlprogrammen – transportieren. Die Zurechenbarkeit von Regierungshandeln nimmt jedoch ab. Ein Grund hierfür ist die Existenz von Mehr-Ebenen-Systemen, d.h. die Verschränkung verschiedener Ebenen politischen Entscheidens auf nationalstaatlicher Ebene (Kommunen, Länder, Bund). Ein weiterer Grund besteht in dem Übergang von „government“ zu „governance“, d.h. zu einem kooperativen und dezentralen Politikstil, bei dem politische Akteurinnen und Akteure genauso involviert sind wie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, NGOs und Lobbygruppen, wodurch die Verantwortung für einzelne Entscheidungen, Gesetze, Verordnungen etc. nicht mehr eindeutig zuzuordnen ist. Dieses Problem verschärft sich auf supranationaler Ebene. So macht es die „Multi-Level-Governance“ in der EU zwar möglich, dass sich NGOs auf unterschiedlichen Ebenen des europäischen politischen Prozesses einbringen können – was vereinzelt als Bedeutungszuwachs zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure und damit als demokratieförderlich gedeutet wird.<sup>3</sup> Doch sind diese NGOs selbstmandatiert. Ihr Handeln kann vieles sein – advokatorisch, paternalistisch oder im schlechtesten Fall rein eigennutzenorientiert –, demokratisch legitimiert ist es jedoch auf jeden Fall nicht. Welche NGO wie viel Einfluss auf welchen Entscheidungsprozess besitzt, ist aus Gründen mangelnder Transparenz häufig nicht nachvollziehbar. Obwohl sich das Portfolio demokratischer Partizipationsformen in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert hat, bleiben Wahlen doch weiterhin

zentrale Verfahren, mit denen Legitimation erzeugt, die Regierungspolitik inhaltlich programmiert und Parteien für ihr Handeln und/oder ihre Programme belohnt oder bestraft werden. Damit Wahlen diese für eine Demokratie zentrale Funktion unverzerrt übernehmen können, muss Regierungshandeln transparent sein (Kriterium zwei). Transparenz setzt eine inklusive politische Öffentlichkeit voraus, die – weil zunehmend mehr Entscheidungen jenseits des Parlaments beraten werden – jedoch schwindet.

In fast allen westlichen Demokratien sank in den letzten Jahrzehnten die Wahlbeteiligung, und auch wenn es normativ umstritten ist, ab welchem Niveau der Wahlbeteiligung ein demokratisches System seine Legitimation verliert, so kann doch diagnostiziert werden, dass dieser Prozess die Legitimation verringert. Schließlich – und für die Legitimation des demokratischen Systems entscheidend – greift das Kongruenzkriterium immer schlechter. Gemeint ist damit, dass idealerweise Entscheidungsbetroffene auch Entscheidungsberechtigte sein sollen. Aufgrund der hinlänglich bekannten Prozesse der Globalisierung und Supranationalisierung fallen Entscheidungsberechtigte und Entscheidungsbetroffene zunehmend auseinander. Legislative Funktionen und Kompetenzen supranationaler Instanzen lassen demokratische Nationalstaaten sukzessive in die Funktion rein exekutiver Organe rücken. Darunter leidet die demokratische Legitimation des demokratischen Nationalstaates.

Die steigende Komplexität zeitgenössischer Gesellschaften führt dazu, dass sich die systemische und die demokratische Performanz von demokratisch verfassten Nationalstaaten deutlich reduziert.<sup>4</sup> Durch die schwindende Bedeutung der politischen Partizipation sinkt jedoch nicht nur die Demokratiehaftigkeit demokratischer Entscheidungen. Viele Autorinnen und Autoren kritisieren darüber hinaus, dass sich auch die Qualität demokratischer Entscheidungen in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hat. Welche Strategien existieren angesichts der Komplexitätssteigerung zeitgenössischer Demokratien, um trotzdem zu guten

<sup>3</sup> Siehe Nanz/Steffek 2005, für einen Überblick siehe Greenwood 2007; Mårtensson 2007; Freise 2009.

<sup>4</sup> Die Begriffe „systematische Performanz“ und „demokratische Performanz“ gehen auf Dieter Fuchs zurück. Die systematische Performanz beschreibt die Fähigkeit politischer Systeme, allgemeine Ziele wie Sicherheit oder Wohlstand zu erreichen, unabhängig davon, ob es sich um eine demokratische oder nicht-demokratische politische Ordnung handelt. Die demokratische Performanz bezieht sich auf die Effektivität institutioneller Mechanismen, demokratische Normen im politischen Prozess einzubetten und zu verwirklichen. Siehe dazu den Artikel „Kollektive Identität und Vertrauen in Europa“ von Viktoria Kaina unter: [http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2007/1342/pdf/54\\_sp\\_kaina.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2007/1342/pdf/54_sp_kaina.pdf); Anm.d.Red.

Entscheidungen zu kommen? Eine Lösung besteht in der stärkeren Einbeziehung von Expertinnen und Experten in den demokratischen Prozess.

## Die Macht der Expertinnen und Experten

Seit einigen Jahren steigen die Bedeutung und der Einfluss von Expertinnen und Experten in der Demokratie – hier sei nur an die Zahl und Relevanz der Kommissionen (die Harzkommission, die Rürupkommission etc.) unter der Rot-Grünen Bundesregierung in Deutschland erinnert – und dies unter dem Applaus der Bürgerinnen und Bürger. Auch aus der Regierungsperspektive erscheint die zunehmende Bedeutung von Expertinnen und Experten nachvollziehbar. Ihr wachsender Einfluss resultiert aus der gestiegenen gesellschaftlichen Komplexität, der Interdependenz politischer Entscheidungen sowie aus der Selbstcharakterisierung westlicher Gesellschaften als Wissensgesellschaften.

So nachvollziehbar der Wunsch nach „richtigen“ Entscheidungen auch normativ ist – demokratische Regierungen sollen schließlich nicht nur entscheiden, sondern „gut“ entscheiden –, so resultieren aus ihm doch zwei demokratietheoretische Probleme, die beide Teil der Postdemokratisierung sind: die „Entdemokratisierung der Demokratie“ und das „Verschwinden des Politischen“. Ersteres folgt zwangsläufig aus der Tatsache, dass unter diesen Bedingungen die gewählten, demokratisch legitimierten RepräsentantInnen des Volkes zunehmend weniger substantiellen Einfluss besitzen. Zweifellos verbleibt die finale demokratische Hoheit beim Parlament – nur Parlamente können Gesetze verabschieden –, doch erscheint die Kompetenz der ParlamentarierInnen nur noch wie ein fader Abglanz demokratischer Selbstregierung im Angesicht von Entwicklungen, die darin kulminieren, dass – um ein aktuelles Beispiel zu wählen – die deutsche Bundesregierung das Verfassen von Gesetzen inzwischen zumindest partiell „outsourced“ und privaten Anwaltskanzleien überlässt.<sup>5</sup> Das Demokratische wird nicht nur zunehmend ökonomisiert, sondern auch privatisiert, da die Öffentlichkeit in diesen Prozessen eine rückläufige Bedeutung besitzt.

Die Integration von Expertinnen und Experten ist jedoch nicht nur demokratietheoretisch problematisch, sie kann darüber hinaus auch selten das leisten, was von ihr erwartet wird. Dies resultiert aus der Natur des Politischen. Das Politische verstehe ich als öffentlichen Kommunikationsraum, in dem die Bürgerinnen und Bürger jene Fragen identifizieren, diskutieren und problematisieren, die sie potentiell kollektiv verbindlich – also qua Gesetz – regeln wollen. Es ist dem Politischen eingeschrieben, dass die Bürgerinnen und Bürger über die Fragen, was sie regeln wollen und wie die Regelungen konkret aussehen sollen – teilweise auch erbittert – streiten,<sup>6</sup> weil in der Sphäre des Politischen kein richtiges oder falsches Wissen existiert. So argumentiert Michael Saward: „*all claims to superior knowledge with respect to politics must fail*“ (Saward 1994, S. 13). Die Sphäre des Politischen konstituiert sich über das Vorhandensein von kontingentem Wissen als einzige Quelle für die Begründung von Politik.

Der Anspruch, mit dem Expertinnen und Experten und ihr Fachwissen in den demokratischen Diskurs eingeführt werden, widerspricht jedoch der gerade skizzierten Logik: ExpertInnen sollen sachlich richtige Entscheidungen treffen – das Gegenteil dessen, was das Politische ausmacht. Politische Entscheidungen, die ausschließlich ExpertInnenwissen exekutieren, wären keine politischen Entscheidungen mehr, da sie nicht als kontingent wahrgenommen werden. Akzeptieren die Bürgerinnen und Bürger den Geltungsanspruch der sachlichen Richtigkeit, die Politik im Rekurs auf ExpertInnenmeinungen für sich beansprucht, so verschwindet das Politische als Sphäre der konflikthaften Auseinandersetzung darüber, welchen Kurs die politische Gemeinschaft nehmen soll (siehe Schaal 2007).

## Postdemokratisierung aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger

Crouch betont, dass Postdemokratisierung damit einhergeht, dass sich der Wert der politischen Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger verändert: Sie verliert ihren intrinsischen Charakter. An die Stelle der Wertschätzung der politischen Partizipation

5 Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist wohl der Auftrag des damaligen Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg an die britische Anwaltskanzlei Linklaters, einen Entwurf für ein „Gesetz zur Ergänzung des Kreditwesengesetzes“ zu erarbeiten (siehe dazu Prantl 2009; Spiegel Online 2009).

6 Chantal Mouffe bezeichnet dies als die „Agonalität“ des Politischen (siehe Mouffe 2002).



tritt die Outputorientierung, d.h., dass Demokratien zunehmend für ihre Leistungsfähigkeit auf der Outputseite (Gesetze, Verordnungen etc.) geschätzt werden (siehe dazu klassisch Scharpf 1970). Die „Outputresponsivität“ bezeichnet die Intensität, mit der die Bürgerinnen und Bürger mit den Outputs des demokratischen Prozesses zufrieden sind und die Ergebnisse nachholend als ihre eigenen (hypothetisch vorpolitischen) politischen Präferenzen akzeptieren. Der wichtigste Indikator der Outputresponsivität ist die empirische Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den demokratischen Outputs und Outcomes, d.h. mit den Gesetzen und Verordnungen und ihren realen Wirkungen. Die Bürgerinnen und Bürger vieler westlicher Demokratien sind jedoch zunehmend unzufriedener mit den Outputs des politischen Systems. Ein zentraler Grund hierfür liegt in den Strukturen der politischen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger selbst. Die Präferenzen unterliegen in sozialer Perspektive einem Prozess wachsender Pluralisierung und Fragmentierung, weil sich die Vorstellungen von einem guten Leben vervielfältigt haben. Vor diesem Hintergrund wird es für politische Parteien – unabhängig davon, ob sie in Regierungsverantwortung stehen oder nicht – kontinuierlich schwieriger, ihrer zentralen Aufgabe der Interessenaggregation nachzukommen. Die politischen Präferenzen sind zu divers und immer heterogenere Interessenkoalitionen müssen geschmiedet werden. Politik befindet sich noch im Stadium des Fordismus – um eine große Zahl (politischer) KundInnen wird mit wenigen Angeboten (Parteiprogrammen) geworben. Im Zuge der Ökonomisierung weiter Teile des Lebens scheint sich die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger jedoch verändert zu haben – sie ist gleichsam postfordistisch. Erwartet werden analog zum Markt individualisierte Politikangebote. Die Parteien entsprechen dieser Nachfrage auch partiell, so u.a. mit dem Kommunikationsmittel des „direct mailing“ (siehe Römmele 1999), also der zielgruppenspezifischen Formulierung von Wahlprogrammen. Doch sind dieser Fokussierung recht enge Grenzen gesetzt. Und so führt die Spannung zwischen fordistischem Angebot und postfordistischer Politiknachfrage zu wachsender Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger über die Institutionen, Verfahren und Ergebnisse demokratischer Politik (siehe Schaal 2008). Die drastisch sinkende Zufriedenheit mit den Outputs

und Outcomes der Demokratie stellt für outputlegitimierte Demokratien ein massives Problem dar, zumal Demokratien nicht dafür bekannt sind, die besten Entscheidungen zu treffen (siehe Sunstein 2007; Brodocz/Llanque/Schaal 2008) oder besonders effizient zu sein (siehe Sartori 1992). In diesem Sinne können sie den Vergleich mit autoritären Regimen in bestimmten Policybereichen – in der Diskussion ist u.a. effektive Klimapolitik – verlieren. Man sollte daher vorsichtig sein, Demokratie für etwas zu schätzen, was so kontingent ist wie der Output des demokratischen Prozesses, der zumal von vielen demokratisch nicht kontrollierbaren Variablen – vor allem der Ökonomie – nachhaltig beeinflusst wird.

Die Postdemokratiediagnose unterstellt Politik- und PolitikerInnenverdrossenheit. Sind alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen von der Politik enttäuscht? Bereits ein flüchtiger Blick auf die einschlägige Empirie der letzten drei Jahrzehnte bringt anderes ans Licht: Entgegen den gängigen Vorurteilen hat das Interesse an politischen Fragen in den letzten drei Jahrzehnten in vielen westlichen Demokratien deutlich zugenommen – zumindest bis Anfang der 2000er Jahre (vgl. dazu stellvertretend Noelle-Neumann/Köcher 1997, S. 783f.; siehe dazu auch Hadjar/Becker 2008). Politisches Desinteresse kann vor diesem Hintergrund als genereller Trend nicht diagnostiziert werden. Vielmehr muss die These des abnehmenden politischen Interesses und der sinkenden politischen Partizipation (und Partizipationsbereitschaft) sozial differenziert werden. Zentrale Determinanten politischer Partizipation und politischen Interesses sind die formale Bildung und der sozio-ökonomische Status, die beide stark miteinander korrelieren. Jene Bürgerinnen und Bürger, die eine überdurchschnittliche Bildung und ein überdurchschnittliches Einkommen besitzen, beteiligen sich heute an politischen Fragen auf einem Niveau, das sich kaum von jenem vor 30 bis 40 Jahren unterscheidet. Die Beteiligung der bildungsfernen Schichten der Bevölkerung brach jedoch massiv ein. Diese soziale Schieflage besitzt für die Demokratie problematische Konsequenzen: Die Interessen der sozial Schwächeren werden sukzessive weniger in den demokratischen Prozess integriert, Entfremdungsprozesse intensivieren sich und grundlegende Gerechtigkeitsfragen stellen sich in neuartiger Dringlichkeit.

## Fazit

Die Frage, ob sich die westlichen Demokratien in einem Prozess der Postdemokratisierung befinden, kann – trotz der gebotenen Differenzierung – relativ eindeutig mit „Ja“ beantwortet werden, zumindest dann, wenn Demokratie bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger auf der Inputseite hinreichende Möglichkeiten der bedeutungsvollen Beteiligung besitzen müssen. Der verstärkte Einfluss von Expertinnen und Experten im demokratischen Prozess, die wachsende Inkongruenz von Entscheidungsbetroffenen und Entscheidungsberechtigten, die steigende Intransparenz des demokratischen Prozesses, die zunehmende Selbstmandatierung von NGOs in Multi-Level-Governance Konstellationen und nicht zuletzt die stetige Outputorientierung können als Teile einer größeren postdemokratischen Entwicklung gedeutet werden. Bedenklich stimmt,

dass die Erwartungsstruktur vieler Bürgerinnen und Bürger Teile dieses Prozesses – insbesondere die Outputorientierung – sogar noch forciert. Andere – und quantitativ bedeutsame – Teile der Bevölkerung finden ihre Interessen anhaltend weniger im demokratischen Prozess repräsentiert – zumeist, weil die bildungsfernen Schichten der Bevölkerung seltener politisch partizipieren als bildungsnahe.

Postdemokratisierung wird häufig auf Prozesse der Ökonomisierung zugespielt. Diese Perspektive ist triftig und erhellend. Ergänzend muss jedoch mit der wachsenden gesellschaftlichen Komplexität ein weiterer erklärender Faktor in den Blick genommen werden. Aus dieser Perspektive stellt sich die ungewohnte und normativ unbefriedigende Frage, ob sich Demokratien vielleicht aus funktionalen Gründen in Richtung Postdemokratie entwickeln müssen.

## Porträt: Colin Crouch



Foto: Derek Cooknell, England

Colin Crouch, geboren 1944, lehrte zwischen 1985 und 1994 am renommierten Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, das 1972 von allen sechs damaligen EU-Mitgliedstaaten gegründet worden war. Auf die Schaffung einer europäischen Volluniversität hatte man sich zu diesem Zeitpunkt nicht einigen können. Vor diesem Erfahrungshintergrund erklären sich die profunden Kenntnisse Crouchs von den italienischen Verhältnissen unter der ersten Regierung Berlusconi und seine in diesem Kontext gemachten Erfahrungen. Auch mögen die Entwicklungen in Großbritannien der „New Labour“ unter Tony Blair für die Entstehung seines Buches „Post-democracy“ ausschlaggebend gewesen sein.

Ehe er 1965 das Soziologiestudium an der London School of Economics (LSE) aufnahm, arbeitete Colin Crouch als Journalist. Die StudentInnenunruhen und die zeitweilige Besetzung der LSE in den Jahren 1967 und 1968 erlebte er als gewählter Präsident der Students' Union. Über diese Erfahrungen schrieb er sein erstes Buch „The Student Revolt“ (1970). Seine akademische Laufbahn startete er 1972 als Lecturer zunächst an der University of Bath, dann als Lecturer und Reader für das Fach Soziologie an seiner Ausbildungsstätte LSE (1973-1985). Von 1985 bis 1994 war er Fellow des Trinity College in Oxford und zugleich Professor für Soziologie an der University of Oxford. Von 1995 bis 2004 lehrte und forschte er, wie oben erwähnt, als Professor für Comparative Social Institutions am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz (EUI). Seit 2005 ist er



Professor für Governance and Public Management an der University of Warwick. Zudem ist er „Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied“ am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Crouch erhielt 1993 den W.J.M. MacKenzie Prize für das Buch „Industrial Relations and European State Traditions“ (Oxford Univ. Press, 2003) und ist Mitglied der British Academy. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Analyse von Gesellschaftsstrukturen in Europa mit besonderem Fokus auf Arbeitsmarkt, Gender und Familie; Wirtschaftssoziologie und neoinstitutionalistische Analyse; lokale Wirtschaftsentwicklung und die Reform öffentlicher Dienste.

Derzeit leitet Colin Crouch ein Forschungsteam an der University of Warwick, in dem elf Nationen vertreten sind und das sich mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und den unterschiedlichen politischen Ansätzen europäischer Staaten und Kanadas befasst. Dieses Projekt wird von der Europäischen Kommission durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm gefördert. Neben diesem Projekt beschäftigt er sich mit der Frage lokaler ökonomischer Entwicklungen im Zusammenhang mit der OECD (Territorial Governance Division). Zuletzt erschien in diesem Kontext sein Buch über Innovation und die lokale Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (2009).

Mit Veröffentlichung seiner Analyse des politischen Systems im Jahr 2004 wurde Colin Crouchs „Post-democracy“ – so der Titel und Leitbegriff seiner Publikation – zu einem der häufigst zitierten und ebenso oft kommentierten Begriffe der letzten Jahre und Angelpunkt des analytischen Diskurses. Im deutschsprachigen Raum fand der Begriff „Postdemokratie“ spätestens mit der deutschen Übersetzung von Crouchs Publikation durch Nikolaus Gramm in der Edition Suhrkamp im Mai 2008 seine Verbreitung. Ein postdemokratisches politisches System ist „*ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben*“ (Crouch 2008, S. 10).

### **Wesentliche Schriften und Publikationen**

- 1970: The Student Revolt. London: Bodley Head.
- 1977: Class Conflict and the Industrial Relations Crisis. London: Heineman.
- 1978: The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968, 2 Volumes (Hrsg. mit Alessandro Pizzorno). London: Mamillan.
- 1979: The Politics of Industrial Relations. London: Fontana.
- 1982: Trade Unions. The Logic of Collective Action. London: Fontana.
- 1993: Industrial Relations and European State Traditions. Oxford: Oxford University Press.
- 1997: Political Economy of Modern Capitalism. Mapping Convergence and Diversity (Hrsg. mit Wolfgang Streeck). London: Sage.
- 2001: Local Production Systems in Europe. Rise or Demise? (mit Patrick Le Galès, Carlo Trigilia und Helmut Voelzkow). Oxford: Oxford University Press (Italienische Ausgabe 2004).
- 2004: Changing Governance of Local Economies. Response of European Local Production Systems (mit Patrick Le Galès, Carlo Trigilia und Helmut Voelzkow). Oxford: Oxford University Press.
- 2004: Post-democracy. Cambridge: Polity Press (italienische Ausgabe 2003; spanische Ausgabe 2004; deutsche Ausgabe erschienen im Suhrkamp-Verlag 2008).
- 2005: Capitalist Diversity and Change. Recombinant Governance and Institutional Entrepreneurs. Oxford: Oxford University Press.
- 2006: Modelling the Firm in its Market and Organizational Environment: Methodologies for Studying Corporate Social Responsibility. In: Organization Studies 27, 10, S. 1533-1551.
- 2006: The Diversity of Democracy. Corporatism, Social Order and Political Conflict (Hrsg. mit Wolfgang Streeck). Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- 2009: Innovation in Local Economies. Germany in Comperative Context (mit Hemut Voelzkow) Oxford: Oxford University Press.

Das Porträt basiert auf Informationen des Max Planck Instituts ([http://www.mpifg.de/forschung/wissdetails\\_de.asp?MitarbID=90](http://www.mpifg.de/forschung/wissdetails_de.asp?MitarbID=90)) und aus Wikipedia ([http://de.wikipedia.org/wiki/Colin\\_Crouch](http://de.wikipedia.org/wiki/Colin_Crouch)), vor allem aber auf der Website der Universität Warwick (<http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/wbs/igpm/pmp/crouch>).

*Christian Kloyber und Stefan Vater*

# Literatur

## Verwendete Literatur

- Blühdorn, Ingolfur (2006):** Billig will ich. Postdemokratische Wende und simulative Demokratie. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19, 4, S. 72-83.
- Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hennig, Eike (2010):** Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien. In: *Vorgänge*, 49, 2, S. 26-34.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.) (1997):** Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997. München: K.G. Saur.
- Saward, Michael (1994):** Democratic Theory and Indices of Democratization. In: Beetham, David (Hrsg.): *Defining and Measuring Democracy*. London: Sage, S. 6-24.

## Weiterführende Literatur

- Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2008):** Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dahl, Robert (1989):** *Democracy and its Critics*. New Haven [u.a.]: Yale University Press.
- Fach, Wolfgang (2008):** *Das Verschwinden der Politik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freise, Matthias (2009):** Mehr als nur ein Feigenblatt? Der Zivilgesellschaftsdiskurs in Brüssel. In: Frantz, Christiane/Kolb, Holger (Hrsg.): *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*. Münster [u.a.]: Waxmann, S. 129-147.
- Fuchs, Dieter (1998):** Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien. In: Greven, Michael Th. (Hrsg.): *Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften*. Opladen: Leske + Budrich, S. 151-179.
- Greenwood, Justin (2007):** Review Article: Organized Civil Society and Democratic Legitimacy in the European Union. In: *British Journal of Political Science*, 37, 2, S. 333-357.
- Greven, Michael Th. (2009):** Zukunft oder Erosion der Demokratie? In: Kaspar, Hanna/Schoen, Harald/Schuhmann, Siegfried/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 411-428.
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (2008):** Politisches Interesse und Politische Partizipation. In: Dies. (Hrsg.): *Die Bildungsexpansion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179-204.
- Heidenreich, Felix (2008):** Ökonomismus – eine Selbstgefährdung der Demokratie? Über Legitimation durch Wohlstand. In: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 370-384.

- Mårtensson, Moa (2007):** Mixed Representation and Legitimacy in the European Union. In: Journal of European Integration, 29, 3, S. 285-302.
- Mouffe, Chantal (2002):** Politics and Passions: The Stakes of Democracy. London: Sage.
- Mouffe, Chantal (2007):** Über das Politische. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nanz, Patrizia/Steffek, Jens (2005):** Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik. In: Finke, Barbara/Knodt, Michèle (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-102.
- Prantl, Heribert (2009):** Guttenbergs Großkanzlei. In: Süddeutsche Zeitung vom 8./9. August 2009.
- Rancière, Jacques (2002):** Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2010a):** Politische Führung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 60, 2-3, S. 9-15.
- Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2010b):** Responsivität und Pluralismus: Das Dilemma liberaler Demokratien. In: Vorgänge, 49, 1, S. 13-27.
- Römmele, Andrea (1999):** Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern? Der Einsatz von direct mailing bei SPD und CDU. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/99, S. 304-315.
- Sartori, Giovanni (1992):** Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schaal, Gary S. (2007):** Neoliberalismus, Responsivität und das Ende des Politischen. Zur zeitgenössischen Transformation liberaler Demokratien. In: Vorgänge, 46, 4, S. 102-111.
- Schaal, Gary S. (2008):** Responsivität, Selbstzerstörerisches Ideal liberaler Demokratie? In: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 353-369.
- Scharpf, Fritz W. (1970):** Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz: Universitätsverlag (= Konstanzer Universitätsreden. 25).
- Spiegel Online (2009):** Guttenberg Ministerium gibt neuen Auftrag an Großkanzlei Linklaters. Online im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,643607,00.html> [Stand: 2010-10-04].
- Sunstein, Cass (2007):** Gesetz der Angst. Jenseits des Vorsorgeprinzips. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



Foto: K. K.

## Prof. Dr. Gary S. Schaal

gschaal@hsu-hh.de  
<http://www.hsu-hh.de/politiktheorie>  
 +49 (0)40 6541-2776

Gary S. Schaal studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Philosophie an der Freien Universität Berlin und habilitierte sich 2003 an der Universität Stuttgart im Fach Politikwissenschaft mit der Arbeit „Vertrauen, Verfassung und Demokratie“. 2009 folgte er dem Ruf an die Helmut-Schmidt-Universität (Universität der Bundeswehr) in Hamburg. Er gibt mit André Brodocz und Marcus Llanque die „Zeitschrift für Politische Theorie“ heraus und ist Mitglied des Geschäftsführenden Herausbergremiums der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der zeitgenössischen Politischen Theorie, der Verfassungstheorie und der empirischen Demokratieforschung.

# Post-democracy

## Really?

### Abstract

The debate that has grown up around the concept of post-democracy, which was prominently brought up in the discussion by Colin Crouch, is as intensive as it is controversial. The subsuming of various phenomena under the concept of post-democracy yields not just relevant stimulus for discussion but also incoherences. The article addresses the ambivalence of this debate, taking up and critically examining the central questions and problems of the concept. Based on Crouch's diagnosis of a degeneration of democracies, the central question is how democratic modern democracies still are and how democratic they can be at all. A comparison of democratic ideals expressed in specific criteria and the reality in modern societies is made from the perspective of empirical democracy research. It is argued that Western democracies are in fact in the process of post-democratization and that functional causes resulting from the complexity of modern societies are also jointly responsible for this.

# Impressum/Offenlegung

## Magazin erwachsenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk  
Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung  
Koordination u. Redaktion: Institut EDUCON – Mag. Wilfried Hackl

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: [www.erwachsenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenbildung.at/magazin)

Herstellung und Verlag der Druck-Version:  
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)  
ISSN: 2076-2879 (Druck)  
ISSN-L: 1993-6818  
ISBN: 9783842339972

## Medieninhaber



Bundesministerium für Unterricht,  
Kunst und Kultur  
Minoritenplatz 5  
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung  
Bürglstein 1-7  
A-5350 Strobl

## Herausgeber der Ausgabe 11, 2010

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)  
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

## HerausgeberInnen des Magazin erwachsenbildung.at

Mag.<sup>a</sup> Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)  
Dr.<sup>in</sup> Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)  
Mag. Wilfried Hackl (Geschäftsführender Hrszg., Institut EDUCON)

## Fachredaktion

Mag.<sup>a</sup> Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)  
Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elke Gruber (Universität Klagenfurt)  
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)  
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)  
Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)  
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

## Online-Redaktion, Satz

Mag.<sup>a</sup> Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)  
Andreas Brandstätter (/andereseiten / grafik.layout)

## Lektorat

Mag.<sup>a</sup> Laura R. Rosinger (Textconsult)

## Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.<sup>a</sup> Andrea Kraus

## Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

## Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

## Medienlinie

Das „Magazin erwachsenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Als Online-Medium konzipiert und als solches weitergeführt, ist das Magazin erwachsenbildung.at beginnend mit der Ausgabe 7/8, 2009 zusätzlich in Druckform erhältlich.

## Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter [www.creativecommons.at](http://www.creativecommons.at).

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an [redaktion@erwachsenbildung.at](mailto:redaktion@erwachsenbildung.at) oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

## Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenbildung.at  
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs  
p.A. Institut EDUCON  
Bürgergasse 8-10  
A-8010 Graz  
[redaktion@erwachsenbildung.at](mailto:redaktion@erwachsenbildung.at)  
<http://www.erwachsenbildung.at/magazin>